

Dialog statt Aufrüstung – Statements zum Weltfriedenstag

Sahra Wagenknecht (Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag):

Der Antikriegstag am 1. September ist gerade in der Welt von heute ein sehr wichtiger Tag. Wir erleben, wie überall kriegerische Konflikte eskalieren. Vielfach hat die EU ihre Hände im Spiel. Deutschland liefert Waffen. Auch andere EU-Länder. An der russischen Westgrenze wird gezündelt durch die NATO, durch Manöver. Wir finden: Das darf so nicht weitergehen. Wir brauchen Frieden auf dieser Welt. Und wir wollen, dass die EU sich friedlich engagiert und dazu beiträgt, dass diese Welt friedlicher und nicht kriegerischer wird. Und deswegen die Initiative zum 1. September.

Dietmar Bartsch (Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag):

Ohne Frieden ist alles nichts. Deswegen ist das Engagement für eine friedliche Welt eine der Kernthemen der LINKEN. Frieden heißt nicht nur Abwesenheit von Krieg. Es ist mehr. Es ist soziale Gerechtigkeit und das Engagement für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Keine Bombe hilft irgendeinem. Deutschland kann einen Beitrag leisten, indem es keine Waffen exportiert, keine Soldaten in alle Welt schickt und eine friedliche Außenpolitik zur obersten Maxime erhebt.

Sven Knöchel (Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt) Birke Bull (Landesvorsitzende DIE LINKE Sachsen-Anhalt):

„Wir erinnern am 1. September an den Beginn des II. Weltkrieges in Europa. DIE LINKE gedenkt der Opfer des nationalsozialistischen Terrors und des Krieges. Der 1. September mahnt zum Frieden.

Aber die Welt ist nicht friedlicher geworden. Die Zahl der Konflikte nach 1945 hat weiter zugenommen. Bereits der Jugoslawienkrieg und der Ukraine Konflikt haben den Krieg auch wieder nach Europa gebracht. Der Krieg in Syrien und den benachbarten Regionen tobt seit 2011 – eine Konsequenz von Gewalt, Zerstörung und Vertreibung sind Fluchtbewegungen nach Europa. Zudem treiben Armut, Hunger und Umweltzerstörung Menschen in die Flucht – so viele, wie seit 1945 nicht mehr.



Wir fordern von der Bundesregierung den Einsatz für legale Einreisemöglichkeiten und die Gewährung fairer Asylverfahren in Europa. Ebenso wie es der Solidarität und Hilfe für Geflüchtete bedarf, muss die Fluchtursache Krieg geächtet werden.

Wirksame Friedenspolitik setzt nicht auf Aufrüstung, sondern auf Dialog, diplomatische Stärke, Besonnenheit und konsequente Konfliktprävention. Dies muss sich auch in der gesellschaftlichen Debatte spiegeln. Stattdessen befeuern die Unionsparteien mit immer neuen unsinnigen Forderungen zur inneren Aufrüstung auch das Denken in militärischen Logi-

ken. DIE LINKE kämpft dagegen für die Stärkung demokratischer und sozialer Rechte aller. Wir wollen die Friedensbildung als Bestandteil des Schulunterrichts und der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung stärken und Bundeswehrauftritte an Schulen beenden. DIE LINKE lehnt jede Form von Rüstungsexporten ab.

Friedenspolitik muss Konversionspolitik sein. In Sachsen-Anhalt heißt das Schließung der Gefechtsübungsplätze in der Colbitz-Letzlinger-Heide sowie der Truppenübungsplätze Altengrabow und Zeitzer Forst. Der Truppenübungsplatz Klietz ist nicht weiter auszubauen. In die Entscheidungen zur alternativen Nachnutzung sollten Bürgerinnen und Bürger eingebunden sein. DIE LINKE Sachsen-Anhalt unterstützt den Protest der Bürgerinitiative „Offene Heide“, die sich seit Jahrzehnten gewaltlos, hartnäckig und unbeirrbar für die zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger-Heide einsetzt. Am 1. September 2016 wird dieses Engagement mit dem Aachener Friedenspreis geehrt. Wir gratulieren – das ist das richtige Zeichen zum Weltfriedenstag aus Sachsen-Anhalt.“

Inhalt:

Seite 1
Dialog statt Aufrüstung – Statements zum Weltfriedenstag

Seite 2
Zum 60. Jahrestag des Verbots der KPD

Seite 3
Landtagsticker

Neue Landtagsabgeordnete in Könnern unterwegs

Seite 4
Aktuelles aus der Arbeit der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Kreistagsfraktion unterstützt Jugendfeuerwehr Atzendorf

Seite 5
Ralph Bunke-Spelling – Bürgermeisterkandidat für die Gemeinde Bördeau

Unterstützung für ukrainisches Hilfsprojekt

Seite 6
Zur letzten Stadtratssitzung in Bernburg

Bernburger LINKE übergibt Spende an die Tafel

Nachruf

Seite 7
Veranstaltung zum Weltfriedenstag in Schönebeck

Gedenken zum Weltfriedentag in Staßfurt

Ortsversammlung in Hecklingen

Zum 60. Jahrestag des Verbots der KPD

Am 17. August 1956, also vor 60 Jahren, verbot das Bundesverfassungsgericht (BVG) auf der Grundlage eines Antrags der schwarz-gelben Adenauer-Regierung die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Die linke Zeitung junge Welt veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 13. und 14. August zum Gedenken daran einige Auszüge aus dem Urteil. Darin heißt es:

- „1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig.
2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst.
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.
4. Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen.“

Aus der umfassenden Begründung des Urteils sollen nur die einleitenden Sätze angeführt werden: „Es ist das Ziel der KPD, die sozialistische - kommunistische Gesellschaftsordnung auf dem Wege über die proletarische (sozialistische) Revolution und die Diktatur des Proletariats herbeizuführen. Sowohl die proletarische Revolution als auch der Staat der Diktatur des Proletariats sind mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung unvereinbar. Auch wenn es sich hierbei nicht um das aktuelle Ziel der KPD handelt, kann man durch die Art und Weise wie die KPD die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats propagiert und ihr gesamtes Verhalten als politische Partei erkennen,... die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes zu beeinträchtigen. Auch die Würdigung ihrer angeblich auf die Wiedervereinigung Deutschlands gerichteten aktuellen Politik ergibt, dieses Ziel als Vorspann zu benutzen, um die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen.“

Einige Angaben zur KPD vor ihrem Verbot. Sie hatte bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949 5,7 % der Stimmen gewonnen und damit 15 Abgeordnete erhalten. Jedoch bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag 1953 kam sie nur noch auf 2,2 % und schied damit aus dem Bundestag aus. Bereits zu dieser Zeit war es Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes durch eine Ausnahmeverordnung verboten, Mitglied der KPD oder der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) zu sein, wollten sie kein Berufsverbot riskieren. Und die FDJ war bereits am 26. Juni 1951 als



Foto: Protest gegen die Verbotspolitik in der DDR; Quelle: Deutsche Fotothek, CC BY-SA 3.0 de

„verfassungsfeindliche Organisation“ verboten worden.

Wie kam es nun zum Verbot der KPD? Gut zwei Jahre nach der Wahl Konrad Adenauers im September 1949 zum Bundeskanzler stellte die Regierung am 21. November 1951 den zu Beginn dieses Artikels erwähnten Verbotsantrag wegen Verfassungswidrigkeit. Für die Richter des zuständigen Senats des BVG hatte dieser Antrag einen politischen und damit grundgesetzwidrigen Charakter. Jedoch ihre Bemühungen bei der Regierung, diesen Antrag zurückzuziehen, blieben erfolglos, denn Adenauer sah in der KPD einen bedeutenden Gegner für die von ihm vorgesehene Politik der Remilitarisierung. So begannen erst drei Jahre später, am 23. November 1954, die Verhandlungen am BVG. Da war es schon eigenartig, wenn der Präsident des zuständigen Senats vier Tage vor Beginn des Prozesses zu Adenauer bestellt wurde. Die Regierung wurde während des Prozesses durch den Staatssekretär im Innenministerium Ritter von Lex vertreten, der vor 1945 Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium war, die KPD durch Fritz Rische, Josef Ledwohn und Walter Fisch, führende Funktionäre der Partei. Die Gerichtsverhandlung dauerte mit Unterbrechungen bis zum Juli 1955. Gegenstand war aber nicht die aktuelle Politik der KPD. Ihr verfassungsfeindlicher Charakter sollte an grundlegenden Schriften und Dokumenten des Marxismus-Leninismus nachgewiesen werden. Bis zur Verkündung des Urteils dauerte es dann noch mehr als ein Jahr. Im Gegensatz zu solchen Ländern wie Frankreich, Italien, Großbritannien u.a. gab es nun in der BRD keine zugelassene kommunistische Partei mehr.

Die KPD war nun gezwungen, wie in der Nazizeit wieder illegal zu arbeiten. Viele ihrer Mitglieder hatten da ja noch genügend Erfahrung. Das Verbot traf die Partei nicht völlig unvorbereitet. So konnte sie z.B. am Abend des Verbotstages über den „Deutschen Freiheitssender 904“ eine ers-

te Sendung ausstrahlen. Gegen die Partei und ihre Mitglieder begann eine vielseitige Unterdrückungs- und Verfolgungskampagne. So wurden Parteibüros sowie Redaktionen und Druckereien von Zeitungen besetzt, Hausdurchsuchungen durchgeführt und mehrere tausend Kommunisten zu Gefängnisstrafen verurteilt. Diese Situation änderte sich erst, als 1968 das politische Strafrecht weitgehend abgeschafft wurde. Mit der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Oktober 1968 erhielten die Kommunisten in der BRD dann auch wieder eine politische Heimat. Doch die Aufhebung des Verbotsurteils steht weiter auf der Tagesordnung. Bisher hat sich aber keine Bundesregierung dafür eingesetzt. Das taten aber ständig DIE LINKE bzw. die PDS. Jüngstes Beispiel dafür ist der Artikel von Jan Korte am 8. August in der Zeitung neues deutschland, in dem er sich mit dem Antikommunismus in der BRD auseinandersetzt und feststellt: „Am 17. August 1956 ... erreichte der Antikommunismus in der Bundesrepublik seinen vorläufigen Höhepunkt“.

Ich möchte weiter aus dem Artikel zitieren: „Allerdings gelang es bis heute nicht, die vom Verbot und von den damit legitimierte Staatsschutzprozessen betroffenen Kommunisten und ihre Bündnispartner zu rehabilitieren, obwohl die damaligen Ermittlungen und die zum Teil von Altnazis geführten Prozesse mit rechtsstaatlichen Prinzipien kaum zu vereinbaren waren.“

60 Jahre nach dem KPD-Verbot ist es deshalb Zeit, durch Bundesregierung und Bundestag anzuerkennen, was es an Unrecht gegeben hat und sich bei den Justizopfern des Kalten Krieges zu entschuldigen. Der Bundestag ist gefordert, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um dieses Relikt aus der Eiszeit des Kalten Krieges so schnell wie möglich zu überwinden“.

Friedrich Schütz

#Landtagsticker

Der Landtag traf sich am 1. und 2. September 2016 zu seiner 5. Sitzungsperiode, das waren die 7. und die 8. Sitzung. An beiden Tagen sind insgesamt 26 Tagesordnungspunkte beraten worden. Im Folgenden stelle ich ausdrücklich einige der Anträge und Aktionen der Fraktion DIE LINKE vor. Wer sich darüber hinaus informieren möchte, findet alle Anträge gut sortiert auf der Seite des Landtages www.landtag.sachsen-anhalt.de.

Mit der Kriegslogik muss gebrochen werden!

Der Landtag von Sachsen-Anhalt trifft sich zu seiner 7. Sitzung am 1. September - dem Internationalen Antikriegstag. Diesen Anlass nutzte unsere Landtagsfraktion, um auf dem Domplatz in Magdeburg ein Zeichen zu setzen: „Die Waffenexporte von heute verursachen die Flüchtlinge von morgen!“ Mehr dazu: <http://www.dielinke-fraktion-lsa.de>.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE in ihrem Antrag - wie seit Jahren - die Schließung des Gefechtsübungszentrums Altmark und das Ende des Baus der Kriegsübungsstadt Schnögersburg, die mittlerweile 140 Mio. Euro kostet. Auch die Schießübungen im Zeitzer Forst und das Bomben in Altengrabow müssen beendet werden.

Schule braucht pädagogische MitarbeiterInnen!

In einem weiteren unserer Anträge fordern wir, die Ausstattung der Schulen mit pädagogischen MitarbeiterInnen endlich zu sichern - auch eine langjährige Forderung der Fraktion DIE LINKE. Der Koalitionsvertrag sichert zu, 1.800 Stellen zur Verfügung zu stellen, diese Zusicherung steht jedoch unter Finanzierungsvorbehalt. Derzeit werden KollegInnen vor allem aus den Grundschulen abgezogen. Die Grundschulen mit verlässlichen Öffnungszeiten können nicht mehr gesichert werden. Auch an den Förderschulen in Landesträgerschaft - so an der Körperbehindertenschule in Dessau-Rosslau - spitzt sich die Situation zu. Der Abzug der pädagogischen MitarbeiterInnen aus den Förderschulen wie aus den Grundschulen muss unverzüglich gestoppt, mit Neueinstellungen muss begonnen werden.

Elternbeiträge für die Kinderbetreuung entlasten!

Bereits gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode gab es die einhellige Absicht, den Anstieg der Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder in der Kita zu stoppen. Alle Fraktionen waren sich einig, die Mittel des Bundes, die ursprünglich für das Betreuungsgeld vorgesehen waren - knapp 60 Mio. Euro -, nun genau dafür zu verwenden. DIE LINKE fordert das für das Jahr 2018 hinaus zu tun. Das jedoch wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Des-

halb haben wir beantragt, zusätzlich 50 Mio. Euro an die Kommunen zu geben. Diese Forderung fand jedoch keine Mehrheit.

Sonn- und Feiertagsarbeit darf nicht Normalität werden!

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren einen Trend zu mehr Sonn- und Feiertagsarbeit beobachtet. Die Ruhe an diesen Tagen sei jedoch wichtig für den sozialen Zusammenhalt und den Schutz der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Die Fraktion DIE LINKE will daher mit einem Antrag die Landesregierung auffordern, die Einhaltung der Sonn- und Feiertagsregel stärker zu kontrollieren und Ausnahmeregelungen nur nach gründlicher Prüfung zu erlassen.

Übrigens...

Die Internetseite des Landtages bietet sehr umfassende und gut sortierte Möglichkeiten, sich ein detaillierteres Bild zu machen darüber, was im Plenum beraten wird und welche Beschlüsse das Parlament passieren, als auch wer da wie abstimmt.

Darüber hinaus gibt es einen Livestream, der die Plenumssitzungen überträgt. Dort gibt es wesentlich mehr zu sehen und zu lesen, als hier in meinem #Landtagsticker.

*Birke Bull, stellvertretende
Fraktionsvorsitzende*

Neue Landtagsabgeordnete in Könnern unterwegs



Foto: privat, Infostand in Beesenlaublügen

Im Rahmen ihrer Sommertour 2016 lud MdL Christina Buchheim am 4. August zu öffentlichen Bürgersprechstunden in Könnern, Beesenlaublügen und Belleben ein. Begleitet wurde sie von ihren Mit-

arbeitern Sigrid Reinicke und Anke Niebock sowie Jörg Lemmert, dem Mitarbeiter unseres Bundestagsabgeordneten Jan Korte.

Die Köthenerin lernte die Ortsteile bereits

im Wahlkampf kennen, denn auch dieser Teil des Salzlandkreises gehört zu ihrem Wahlkreis. In diesem konnte Sie bei der Wahl im März das Direktmandat erringen. Bei einer Tasse Kaffee kam man schnell ins Gespräch: Zahlreiche Bürger nutzen die Gelegenheit, sich mit der direkt gewählten Abgeordneten der Linken zu unterhalten.

Die Themen waren vielfältig: Ansiedlung von Wölfen, Produktion von Bio-Produkten, Unterbringung von Flüchtlingen, die Schließung der Wahllokale in den Ortschaften Beesedau und Kustrena, die Unterstützung für ein Spielplatzprojekt oder auch persönliche Geschichten aus der Jugend.

Christina Buchheim nahm viele Anregungen für ihre Arbeit im Parlament mit und freut sich auf die nächsten Bürgersprechstunden vor Ort.

*Sigrid Reinicke, Wahlkreismitarbeiterin von
MdL Christina Buchheim*

Aktuelles aus der Arbeit der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Schülerbeförderung in der Egelner Mulde unzumutbar

Bereits vor einem halben Jahr trafen sich die Mitglieder der Kreistagsfraktion DIE LINKE. mit dem Geschäftsführer der Kreisverkehrsgesellschaft Salzlandkreis (KVG), Herrn Fleck, um über die Strukturierung des öffentlichen Nahverkehrs im Salzlandkreis zu sprechen. Alle Beteiligten waren sich einig, dass der Erhalt des ÖPNV überaus wichtig für den Salzlandkreis ist. Herr Fleck betonte dabei, dass die Sicherstellung der Schülerbeförderung im Rahmen des ÖPNV eine zentrale Aufgabe der KVG sei.

Mit Beginn des neuen Schuljahres häufen sich aus dem Raum der Egelner Mulde jedoch die Berichte, dass die Schülerbeförderung keineswegs sicher gestellt ist: Schulbusse sind überfüllt und manche Haltestellen werden erst gar nicht bedient. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. hat daher einen Brief an den Landrat verfasst und ihn als obersten Dienstherrn dazu aufgefordert einzuschreiten und diese Problematik umgehend zu lösen. Es kann nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler den Schulanfahrts- und Rückweg als täglichen Horror erleben.

Kreistagsfraktion vor Ort unterwegs

Am 22. August tagten die Mitglieder der



Foto: privat, Die LINKE Kreistagsfraktion

linken Kreistagsfraktion im Kontaktcafé der AWO Schönebeck. Im Rahmen der Fraktionssitzung tauschten sie sich intensiv mit den Mitgliedern der AWO Salzlandkreis aus und erhielten einen umfassenden Einblick in deren tägliche Arbeit. Pflegeheime, Kindertagesstätten und Jugendclubs sind dabei nur einige Betätigungsfelder der AWO, hinzu kommen auch die Jugendhilfe und die Suchtbera-

tung. War es im vergangenen Jahr die Jugendhilfe, die mit einer auskömmlichen Finanzierung zu kämpfen hatte und auch heute noch hat, so ist nun auch die Suchtberatung von einem finanziellen Engpass betroffen. Eine Entwicklung die Besorgnis bei den Fraktionsmitgliedern hervorrief und weiter von den zuständigen Fachleuten verfolgt wird.

Henriette Krebs, Fraktionsassistentin

Kreistagsfraktion unterstützt Jugendfeuerwehr Atzendorf

Aus den Mitteln des Solidarfonds unterstützt die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag des Salzlandkreises die Jugendfeuerwehr Atzendorf mit einer Spende in Höhe von 300,- EUR.

Im Rahmen des 40-jährigen Bestehens der Jugendfeuerwehr in Atzendorf überreichten die Fraktionsmitglieder Ralf-Peter Schmidt, Reinhard Luckner und Klaus Magenheimer bei strahlendem Wetter den Scheck für die weitere Nachwuchsförderung. Gratulationen zum 40. Geburtstag der hiesigen Jugendfeuerwehr fehlten in der Ansprache des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Ralf-Peter Schmidt, selbstverständlich nicht. Ebenso dankte er den Feuerwehrfrauen und -männern vor Ort für ihre sehr gute Arbeit und insbesondere dem Jugendfeuerwehrwart Matthias Rasehorn für seinen engagierten Einsatz bei der Akkreditierung und Förderung des Feuerwehrynachwuchses. Zum Abschluss wünschte er den Jungen und Mädchen der Kinder- und Jugendwehr von Atzendorf sowie ihrem Besuch aus Calbe, Groß Rosenburg und Welsleben einen fairen Wettkampf und wünschte allen Teilnehmenden alles Gute für ihren weiteren Weg in der Feuerwehr.

Neben der linken Kreistagsfraktion unter-



Foto: privat, Spendenübergabe in Atzendorf

stützte auch MdB Jan Korte die Kinder- und Jugendfeuerwehr in Atzendorf mit einem Scheck in Höhe von 250,- EUR, ebenso spendete die linke Stadtratsfraktion der Stadt Staßfurt 100,- EUR bei, damit die Feuerwehr in Atzendorf sich weiter-

hin so tatkräftig um ihren Feuerwehrynachwuchs kümmern kann.

Henriette Krebs, Fraktionsassistentin

Ralph Bunke-Spelling - Bürgermeisterkandidat für die Gemeinde Bördeaue

Für mich als Bürgermeister sind die gewählten Gemeinderäte die engsten Verbündeten im Ort. Mit ihnen offen und ehrlich zusammenzuarbeiten, sie frühzeitig in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, sind die Grundlagen für ein erforderliches Vertrauensverhältnis über die Parteigrenzen hinweg.

Das sind auch gute Voraussetzungen, um die demokratisch getroffenen Entscheidungen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger gemeinsam umzusetzen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir unser gesellschaftliches Zusammenleben in unserer Gemeinde nur erfolgreich organisieren können, wenn eine verlässliche Finanzausstattung durch die Landesregierung gesichert wird.

Der ständige Wettlauf nach Fördermitteln, die permanente Abhängigkeit von wohlwollenden Entscheidungen lähmt die eigene Gestaltungskraft und lässt wenig Spielraum für schöpferisches Wirken.

Als langjähriges Gemeinderatsmitglied werde ich mich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Resultate des Wirkens in den vergangenen Wahlperioden erhalten bleiben und Fortsetzung finden. Dazu gehören nicht nur weiterer erforderliche Baumaßnahmen, sondern auch die Sicherung der medizinischen Versorgung, die Gewährleistung von Dienstleistungen vor Ort und eine verlässliche Anbindung im Personennahverkehr.

Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe, als Träger unserer beiden Kindertagesstätten, möchte ich deren Fortbestehen sichern, damit sie auch in Zukunft für das Wohl unserer Kinder in guter Qualität und wohltuender Atmosphäre sorgen.



Foto: privat, Ralph Bunke-Spelling vor der Kita in Unseburg

Zu den wichtigsten Faktoren in unserem dörflichen Zusammenleben gehören unsere Vereine. Ihre erfolgreiche Arbeit weiter zu befördern ist für mich Herzenssache. Wie ernst ich es hiermit meine, beweise ich mit meine Tätigkeit als 2. Vorsitzender unseres Fördervereins des gemeindlich-kulturellen Lebens Unseburg e.V. Durch ihn werden unter anderem der Fußballverein, die Rad-baller, der Anglerverein, der Schützenverein u.a. unterstützt. Wir fördern Frauen und Männer, jung und alt.

Auch die Mitglieder unserer beiden Feuerwehren leisten in ihrer Freizeit einen lobenswerten Beitrag für das Gemeinwohl. Als Mitglied im Brand- und Katastrophenausschuss der Verbandsgemeinde trete ich ständig dafür ein, dass die erforderlichen finanziellen Mittel auf der Grundlage der Risikoanalyse zur Verfügung gestellt werden.

Als Unternehmer kann ich einschätzen, dass eine gute Zusammenarbeit des Bürgermeisters mit allen Arbeitgebern eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Kli-

ma im Ort ist. Das zukünftig zu sichern, wird eine wichtige Hausforderung an mich sein.

Als Mitglied des Verbandsgemeinderates Egelner-Mulde werde ich mich weiterhin einsetzen für die gleichberechtigte Behandlung unserer Belange in der Verbandsgemeinde.

Eine wesentliche Rolle wird dabei die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Verbandsgemeindebürgermeister spielen. Von meiner Seite besteht dazu absolute Bereitschaft.

In der Funktion des Bürgermeisters werde ich zu jeder Zeit den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern sichern. Dazu gehören die regelmäßigen Bürgersprechstunden in Unseburg und Tarthun und die Sicherung der Verbindung zur Verwaltung in Egel. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass das kreisliche Bürgerbüro in Egel als Anlaufstelle, seine Aufgaben verlässlich erfüllt.

Ralph Bunke-Spelling

Unterstützung für ukrainisches Hilfsprojekt

Liebe Genossinnen und Genossen, angesichts der schlimmen Situation in der Ostukraine möchte ich mich an Euch wenden. Wenn man verfolgt, wie die Menschen, vor allem Kinder und Alte, dort leiden und wie mutig viele Frauen und Männer mit der Waffe in der Hand den ukrainischen Soldaten und den faschistischen Bataillonen Widerstand leisten, kann man eigentlich keine Ruhe finden. Nun gibt es einen kleinen Verein, der mit unbeschreiblichem Engagement Solidarität mit diesen Menschen organisiert: Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e. V. Dieser Verein besteht vornehmlich aus Frauen,

viele in und um Berlin beheimatet, hat bereits zahlreiche Projekte umgesetzt und ist dabei, einen weiteren Transport mit Hilfsgütern nach Donezk zu schicken. Hunderte Kinder aus dem unmittelbaren Kriegsgebiet wurden ins sichere Russland transportiert, es werden Sportfeste und kulturelle Veranstaltungen in Gorlowka für die traumatisierten Kinder organisiert, um nur einiges zu nennen. All das initiiert und finanziert dieser Verein. Schaut Euch unter www.fbko.org/de an, was diese Freiwilligen alles auf die Beine stellen. Schaut unter News in diesem Internetauftritt und Ihr werdet erschüttert,

aber auch von der Hilfe beeindruckt sein. Als ich von diesem Verein durch einen Artikel im Rotfuchs Kenntnis erhalten hatte, habe ich mich entschlossen, Mitglied zu werden und zu helfen, wo es mir möglich ist.

Ich bitte Euch zu prüfen, ob und in welcher Weise Ihr diese Projekte unterstützen könnt.

Am 7. Oktober geht der nächste Hilfstransport Richtung Ostukraine ab - lasst uns helfen, üben wir Solidarität! Ich danke allen, die selbst helfen oder Hilfe organisieren.

Dr. Rolf Funda

Zur letzten Stadtratssitzung in Bernburg

Auf der Stadtratssitzung standen im öffentlichen Teil nach der Einwohnerfragestunde 7 Beschluss- und 2 Informationsvorlagen, im nichtöffentlichen Teil 3 Beschluss- und 4 Informationsvorlagen. Gestand der Vorlagen waren u. a.

1. Die Gestaltung des Stadtparkes „Alte Bibel“ entsprechend der vorliegenden Entwurfsplanung. Im 1. Bauabschnitt sind die Kosten mit 923.000 € angesetzt. Für einen Parkplatz auf der „Alten Bibel“ ist z. Zt. Keine Realisierung vorgesehen.
2. Die Jahresabschlüsse der Gesellschaften
 - a. Die Bernburger Freizeitgesellschaft BFG
In vielen Bereichen der Gesellschaft ist eine vollständige Kostendeckung nicht möglich. Somit ist die BFG auf

die Gewinnausschüttung der Stadtwerke und da diese nicht ausreicht, auf die Zuschüsse der Stadt zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes angewiesen. Die Gewinnabführung der Stadtwerke beträgt 2016 aus 2015 3,4 Millionen Euro. Der Jahresfehlbetrag 2015 in Höhe von 1,2 Millionen Euro wird durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen
In der Diskussion wurde von unserer Fraktion auf die hohen Kosten der 3 Parkhäuser verwiesen. Alle 3 erbringen 2015 einen Verlust von 170.000 €. Der Verlust der Tiefgarage auf dem Karlsplatz beträgt 123.000 €. Für die 61 Mitarbeiter, darunter 5 zeitlich befristete Arbeitskräfte wurden 2.451.925 € ausgegeben für Lohn und Gehalt (im Durchschnitt

3.349€/Monat/Beschäftigter).
b. Die Bernburger Wohnstättengesellschaft MBH
Die umfangreiche Arbeit der Wohnstättengesellschaft führte zu einem Überschuss von 158 200 €, der an die Gesellschafterin Stadt Bernburg ausgeschüttet wird. Dazu kommt der Gewinnvortrag aus dem Vorjahr, so dass die Stadt Bernburg am 20.09.2016 eine Gesamtausschüttung von 388.000 € erhält.
Die Personalkosten für 35 Arbeitnehmer betragen 1.955.000 € (im Durchschnitt 4.655 Euro/Monat/Beschäftigter).
Die Stadträte beteiligten sich verbal an der Diskussion.
Eberhard Balzer, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Bernburg (Saale)

Bernburger LINKE übergibt Spende an die Tafel

Wenn man etwas dreimal macht, gründet man eine Tradition. In diesem Sinne übergaben die Bernburger LINKEN zum 3. Mal eine Lebensmittelspende an die Tafel. Die Gelder dafür wurden auf Versammlungen, bei Sitzungen der Stadtratsfraktion und beim Sommerfest gesammelt. 164 Euro kamen so zusammen und wurden nach Absprache mit der Tafel in benötigte Lebensmittel umgesetzt. Nach der Übergabe kamen Mitglieder des Ortsvorstandes und der Stadtratsfraktion mit dem Leiter des Sozialzentrums, Marcel Perner, ins Gespräch. Weit über 1000 Kundinnen und Kunden hat die Tafel. Die Nachfrage ist nach wie vor sehr hoch. Um diesen Bedarf zu decken sind auch kleinere Spenden wie diese immer willkommen. Eine Neuerung gegenüber dem letzten Besuch der LINKEN ist, dass inzwischen auch Flüchtlinge im Rahmen eines 1-Euro-Jobs bei der Tafel helfen. Dies sei ein großer Gewinn, nicht nur, weil sie ihre Arbeit



Foto: privat, Zu Gast bei der Bernburger Tafel

sehr gut und zuverlässig erledigen, sondern auch, weil die Verständigung bei der Ausgabe der Lebensmittel an Flüchtlinge erleichtert wird. Herr Perner hofft, dass auch im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes oder des Freiwilligen sozialen

Jahres weitere Helferinnen und Helfer gewonnen werden können. Wir kritisieren als LINKE die Notwendigkeit von Tafeln in einem so reichen Land wie Deutschland. Aber so lange diese Notwendigkeit besteht, schätzen wir das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort sehr. Im Dezember soll die

brandneue Tradition ihre Fortsetzung finden.

Jana Lankau, Mitglied im Ortsvorstand DIE LINKE Bernburg

Nachruf

Am 26. 07. 2016 ist der Genosse Manfred Littig aus Beesedau nach langer schwerer Krankheit verstorben.

Als aktives Mitglied der Gewerkschaft vor und nach der politischen Wende kam er 1994 zu dem Entschluss, Mitglied der PDS zu werden. Bei den Kommunalwahlen im selben Jahr wurde er in den Gemeinderat Beesenlaublingen gewählt. In der Fraktion erwies er sich bald als geeigneter Gemeindeabgeordneter mit linker Prägung. Im Arbeitskreis „Dorferneuerung Beesedau und Kustrena“ kämpfte er, um die geplanten Ziele zu erreichen und er-

wies sich als hartnäckig. Nach dem Bau der A 14 zeigte sich eine nicht erwartete Lärmbelästigung. Er setzte den Beginn einer Unterschriftensammlung persönlich durch, und es entstand die „Lärminitiative Beesedau“. Mit Erfolg, unter Einbeziehung mehrerer Abgeordneter auf Bundes-, Landes- und Kreisebene, gelang es, eine Verbesserung zu erreichen. Hieran hatte Genosse Littig einen großen Anteil. An den Wahlkämpfen in dieser Zeit war er unermüdlich beteiligt, an Großveranstaltungen sowie an Veranstaltungen als Delegierter war er oft dabei.

Er war sehr parteiverbunden und immer und überall vertrat er geduldig die Positionen der LINKEN.

In den letzten Jahren machten sich zunehmend gesundheitliche Probleme bemerkbar. Aufenthalte in Krankenhäusern brachten keinen erkennbaren Erfolg. Es wurde ein fortdauernder Leidensweg. Wir sind traurig und betroffen, aber zugleich dankbar und werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

*Alfred Müller und Martina Schaar,
DIE LINKE Könnern*

Veranstaltung zum Weltfriedenstag in Schönebeck

Anlässlich des Weltfriedenstages fand am 01.09.2016 eine Veranstaltung in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Schönebeck statt, zu der die IG Metall, DIE LINKE und die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen hatten. Dr. Lothar Schröter von der Rosa-Luxemburg-Stiftung sprach zum Thema „Die NATO im Kalten Krieg, Antworten auf ihr Handeln heute“. Die Kreistags- und Stadtratsfraktionsvorsitzende der LINKEN Sabine Dirlich begrüßte die 46 TeilnehmerInnen, die sich aus Mitgliedern der IG Metall, der LINKEN, des Autorenkollektivs des „Treff“ und weiteren Gästen zusammensetzten. So nahm auch der Landtagskandidat der LINKEN Torsten Hans an der Veranstaltung teil.

Dr. Schröter sprach über die Gründe und die Entwicklung der NATO. Er widerlegte an Hand vieler Beispiele die Argumentation der NATO, sie sei entstanden aus der Gefahr aus dem Osten. Viele namhafte

Militärs und Politiker aus dem Westen widerlegten die Bedrohung aus dem Osten und warnen vor einer militärischen Auseinandersetzung. Die Gründung der NATO im Jahr 1949 hatte im Wesentlichen die Institutionalisierung des Kalten Krieges zum Inhalt. Auf der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten in Warschau im Juli 2016 wurden weit reichende Beschlüsse gefasst. Sie betreffen erhebliche Maßnahmen der materiellen Aufrüstung, des Bereitschaftsstandes der NATO-Streitkräfte und die Stationierung von etwa 4000 Soldaten im Baltikum und Polen.

Gerechtfertigt wird dies alles mit Vorwürfen an die Adresse Russlands im Zusammenhang mit der Krim- und Ukraine-Krise. Moskau sieht sich in der Einkreisung und zur Reaktion veranlasst. Es droht ein neuer Kalter Krieg, der in einen Heißen münden könnte. Am 13. Juli 2016 tagte der NATO-Russland-Rat, ein Gremium, um

Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten zu begegnen. Die NATO fährt eine Doppelstrategie - die des Rüstens und Verhandeln. Wie im Kalten Krieg. Man muss sich jedoch im Klaren sein, dass atomare Waffen keine Grenzen haben, sondern uns alle bedrohen. Deshalb ist eine Zusammenarbeit und die Beseitigung des Antagonismus zwischen Ost und West notwendig.

Im Anschluss an den Vortrag trugen T. Schallehn und V. Gehricke vom Autorenkollektiv des „Treff“ selbst verfasste Gedichte und Texte vor, die zum Thema passen und alle Anwesenden sehr nachdenklich stimmten.

Alle TeilnehmerInnen stimmten darin überein, dass die Veranstaltung sehr informativ war und uns viele Argumente im Kampf für den Frieden gegen hat.

Christa Beier,

Ortsvorsitzende DIE LINKE Schönebeck

Gedenken zum Weltfriedenstag in Staßfurt

Es ist für den Ortsverband ein verpflichtende Tradition, am Weltfriedenstag demokratische, friedliebende Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu einer Gedenkveranstaltung an der Gedenktafel am Eingang zum Benneckschen Hof einzuladen. Rund 20 Parteimitglieder und SympathisantInnen, unter ihnen der Oberbürgermeister Sven Wagner und die Gleichstellungsbeauftragte Christine Fischmann waren der Einladung gefolgt.

In ihrer Gedenkrede erinnerte die Vorsitzende der URANIA und Stadträtin Dr. Margit Kietz an die schrecklichen Ereignisse, die mit dem 1. September 1939 ihren Anfang fanden. Sie forderte auch auf, in der gegenwärtigen Zeit nicht wegzuschau-



Foto: privat, Gedenken in Staßfurt

en, wenn mit Hilfe Deutschlands und deutscher Waffen Konfliktherde geschaffen werden und viel menschliches

Leid entsteht. Es muss alles getan werden, damit ein friedliches Zusammenleben aller Völker in Zukunft gesichert wird.

Ein Kranz wurde an der Gedenktafel angebracht und eine Schweigeminute abgehalten. Mit dem bekannten Lied von der weißen Friedensaube wurde die Gedenkveranstaltung unmittelbar vor der Stadtratsitzung beendet.

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender

Ortsversammlung in Hecklingen

Einmal monatlich treffen sich die GenossInnen vom Ortsverband Hecklingen. Die Sitzung ist immer gemeinsam mit der Stadtratsfraktion und so spielt die regionale Politik eine genau so wichtige Rolle, wie die allgemeinen politischen Themen. Die letzte Sitzung am 13.08.2016 konnte auch für ein freudiges Ereignis genutzt werden, dem Ortsbürgermeister der Gemeinde Cochstedt, Wolfgang Weißbart, zu seinem 65. Geburtstag zu gratulieren. Die Tagungsorte wechseln und diesmal konnte sich aber Wolfgang an seinem Ehrentag in seiner Gemeinde mit einem Essen erkenntlich zeigen. Stadtratsfraktionsvorsitzender Manfred Teela übergab einen Präsentkorb und Blumen der Genossen. Das Miteinander wird gut gepflegt und ist selbstverständlich in

Ortsverband. Nichtsdestotrotz gab es jede Menge politischer Themen, die besprochen und ausführlich diskutiert und analysiert wurden. Genosse Schütze machte einen Grobumriss brisanter politischer Ereignisse, begonnen mit dem Brexit, dem unsäglichen Aufrüsten an der russischen Grenze, dem Putsch in der Türkei und ganz aktuell - die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion der LINKEN im Bundestag zu den finanziellen Verwicklungen der Türkei in Geschäfte mit terroristischen Organisationen.

Als letzter Tagesordnungspunkt stand wieder die Debatte zum Bundestagswahlkampf. Es wurde gehofft, dass es ein kurzes, verständliches Wahlprogramm geben wird und die Kernforderungen der Partei deutlich und unmissverständlich zum

Ausdruck kommen. Es fällt bereits in der Partei schwer, ellenlange Programme zu lesen und wahlinteressierten BürgerInnen sicher noch mehr. Mit klaren Aussagen kann auch an den Wahlständen besser und bündiger argumentiert werden. Sorge bereiten den Genossinnen und Genossen auch die internen Querelen, die ihrer Meinung nach extrem schädlich sind. Es gibt nie ein gutes Bild ab, wenn sich Mitglieder einer Partei öffentlich zerfleischen. Sie fordern in Richtung Bundespolitik auf, Geschlossenheit zu demonstrieren, um den Leuten vor Ort nicht das Leben mit Personaldebatten zu erschweren. Der nächste Termin des Ortsverbandes wurde auf den 27. September in Schneidlingen gesetzt.

Bianca Görke

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
September
recht herzlich**

Zum 94. Geburtstag
Ursula Sperling

Zum 89. Geburtstag
Ludwig Bilek

Zum 88. Geburtstag
Gerda Vester

Zum 86. Geburtstag
Horst Osterloth

Zum 85. Geburtstag
Lore Taraba
Ingeborg Schneider
Erwald Reisberg
Heinz Dietmann

Zum 82. Geburtstag
Dorothee Leifheit

Zum 81. Geburtstag
Christel Berndt

Zum 80. Geburtstag
Marianne Engelmann
Rosemarie Raschke
Eberhard Balzer

Zum 75. Geburtstag
Rainer Schlegel
Siegfried Nietardt

Zum 55. Geburtstag
Rita Dietrich

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
September Geburtstag haben**



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
21.09.2016 um 18 Uhr im Fraktionsbüro
in Staßfurt.

„Kaffee mit Links“

Am 21.09.2016 ab 16 Uhr gibt es die
nächste Gelegenheit im Bernburger
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins
Gespräch zu kommen.

**DIE LINKE vor der
Bundestagswahl 2017**

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr.
Michael Brie am 19.09.2016 um 18 Uhr
im Metropol Bernburg, Schloßstraße 20.

Der Kreisvorstand

Kreisversammlung in Staßfurt

Der Kreisvorstand lädt zur 14.
Kreisversammlung und zur besonderen
Kreisversammlung am **08.10.2015 um
10 Uhr in den Saal des Verwaltungs-
gebäudes der Stadtwerke Staßfurt
(Athenslebener Weg 15)** ein. Alles
weitere ist den Unterlagen im Mittelteil
dieser Ausgabe zu entnehmen.

**Fahrt zur „Stopp CETA &
TTIP - Demo“ nach Leipzig**

DIE LINKE Bernburg ruft alle Interes-
sentInnen am 17.09.2016 auf, mit zur
Demo nach Leipzig zu kommen. Wir fah-
ren mit dem Zug und nehmen einen ge-
ringen TeilnehmerInnenbeitrag. Bei In-
teresse bitte telefonisch oder per E-Mail
melden (03471/622947 oder dielinke-
salzlandkreis@t-online.de).
Mehr Infos zum bundesweiten Protesttag
auch unter www.ttipp-demo.de

„Frühstück mit LINKS“

Das ehemalige Erwerbslosenfrühstück
ist jetzt offen für alle InteressentInnen
und findet am 26.09.2016 ab 10 Uhr im
Bernburger Bürgerbüro statt.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im
Kreistag Salzlandkreis**

Am 12.09.2016 ab 18:00 Uhr im Staß-
furter Fraktionsbüro. Bereits ab 17 Uhr
gibt es eine Sprechstunde mit Sabine
Dirlich und Wolfgang Weißbart.

**MdB Jan Korte unterwegs
im Salzlandkreis**

Am 14.09.2016 in Saale-Wipper.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist
der 26. September 2016.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe
war der 01. September 2016.

LINKER Stammtisch in Bernburg

Der erste LINKE Stammtisch im
Bernburger Wahlkreisbüro findet am
26.09.2016 um 18 Uhr statt. Wir wollen
mit allen InteressentInnen zum Thema
„Chancengleichheit in Ost und West !?“
ins Gespräch kommen.

Ortsversammlung in Bernburg

Am 12.10.2016, um 18 Uhr in der
Begegnungsstätte der Volkssolidarität
(Wilhelmstraße 1). Wir werden u.a.
Delegierte für die Wahlkreisver-
sammlung (Wahl eines Direktkandi-
daten für die Bundestagswahl) am
18.11.2016 in Köthen wählen und über
aktuelle kommunalpolit. Themen disku-
tieren. Alle Mitglieder und Interessen-
tInnen sind herzlich eingeladen.

MdL Swen Knöchel in Aschersleben

Der neue Fraktionsvorsitzende im
Landtag wird am 19.09.2016 über die
Arbeit der Landtagsfraktion und über
die Auseinandersetzung mit der AFD
berichten. Los geht es um 18 Uhr im
Bestehornhaus (Hecknerstraße 6).

Politstammtisch in Staßfurt

Am 22.09.2016 referiert Dr. Heinz
Sonntag von der Rosa-Luxemburg-Stif-
tung zum Thema „Streitbarkeit unseres
Programmes - Welchen Stand haben
wir, welche Aufgaben stehen an?“. Los
geht es um 17 Uhr in der Gaststätte in
„Meyer´s Bräustüb´l“ (Hohenerleben-
er Straße 82).

DIE LINKE beim Tag der Regionen

Am 25.09.2016 ab 10 Uhr auf dem
Benneckschen Hof in Staßfurt.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-
schluss eingegangenen Artikeln kann die
Veröffentlichung nicht garantiert werden.